



BRIEF AUS BERLIN – NR. 17/2014

Inhalt*Vorwort**Aus dem Bundestag*

- + Ebola-Krise
- + EU-USA Freihandelsabkommen
- + Mietpreisbremse
- + Sexualstrafrecht
- + Elterngeld Plus
- + Entlastung von Ländern & Kommunen
- + Planspiel Zukunftsdialog

Aus dem Wahlkreis

- + Weltkindertag
- + Waffel Löser
- + Rotary Club Bad Camberg-Idstein

*Termine***Vorwort**

Sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Genossinnen und Genossen,

in dieser Ausgabe des „Brief aus Berlin“ melde ich mich nach einer spannenden Sitzungswoche Im Deutschen Bundestag.

Nicht nur die Öffentlichkeit und die Medien bewegt derzeit die Ebola-Krise, die immer stärkere Ausmaßnahme annimmt. Die betroffenen Staaten können die Situation alleine nicht mehr stemmen und sind auf unsere Hilfe angewiesen. Was wir beschlossen haben, gegen die Ausbreitung von Ebola zu tun, erfahren Sie/erfahrt Ihr in dieser Ausgabe.



Seit Wochen ist es in aller Munde und wird in der Öffentlichkeit heiß diskutiert: das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP). Diese Woche hat die Linksfraktion dazu eine Große Anfrage gestellt. Was wir Sozialdemokraten davon halten, verrät dieser Newsletter.

Große Fortschritte erreichten wir diese Woche bei der Mietpreisbremse, die nicht nur für die Bewohner von Ballungsräumen, sondern auch für die Studenten unseres Wahlkreises, die in den Städten unserer Umgebung studieren, von hoher Bedeutung sind. Fortan dürfen die Preise bei Neuvermietung um nicht mehr als 10 Prozent steigen. Dieser Erfolg geht auf uns Sozialdemokraten zurück, auf den wir stolz sind. Auch die Entlastung der Kommunen zählt weiterhin zu den prioritären Maßnahmen der Großen Koalition: So wird der Bund in den Jahren 2015 bis 2017 die Kommunen in Höhe von 1 Milliarde Euro pro Jahr zusätzlich entlasten.

Eine ähnliche positive Entwicklung wie bei der Mietpreisbremse können wir für das Sexualstrafrecht verzeichnen, das weiter verschärft wurde und unsere Kinder zukünftig besser schützen wird. Kinder haben Rechte, die wir verteidigen müssen – und wir Sozialdemokraten auch weiterentwickeln wollen: Darauf machte der Weltkindertag am 20. September unter dem Motto „Jedes Kind hat Rechte!“ aufmerksam. Ich kann dies nur unterstützen und begrüßen, bin ich doch selbst Vater zweier Kinder. Im Bereich Familie kommt nun auch das Elterngeld Plus, das es Familien nun ermöglicht, Beruf und Familie flexibler zu vereinen und entsprechende Anreize setzt.

Wie der Deutsche Bundestag funktioniert, können Jugendliche in dem „Planspiel Zukunftsdialog 2014“ einmal selbst erproben. Alle, die mitmachen wollen, erfahren im Newsletter mehr zur Bewerbung. Zu guter Letzt informiere ich noch über meine beiden Besuche im Wahlkreis: beim Rotary Club und beim Unternehmen Waffel Löser. Was ich dort Interessantes erfahren habe, steht weiter unten.

Ich wünsche Euch/Ihnen eine angenehme Lektüre und ein schönes Wochenende!

Martin Rabanus

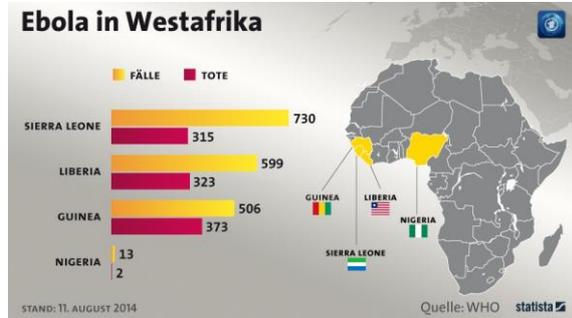
Mitglied des Deutschen Bundestags

Martin Rabanus, MdB
Kleiststraße 10
65232 Taunusstein
Tel.: 0 61 28 - 24 67 11
Fax: 0 61 28 - 24 67 20

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 77 104
Fax: 030 - 227 76 105

martin.rabanus@bundestag.de
www.martin-rabanus.de
 martinrabanus
 martinrabanus

Die Ebola-Epidemie wirkungsvoll aufhalten



Bildnachweis: ARD-aktuell / tagesschau.de

Die Regierungskoalition hat angesichts der Ebola-Epidemie diese Woche einen Antrag zum Beitrag Deutschlands zur Eindämmung der Ebola-Krise vorgelegt. Der seit der Entdeckung des Virus schlimmste Ausbruch insbesondere in Liberia, Sierra Leone und Guinea stellt uns vor immense Herausforderungen, wenn eine Pandemie verhindert werden soll. Der Ebola-Ausbruch überfordert die Handlungsfähigkeit der betroffenen Länder und droht, mühsam errungene Entwicklungsschritte zunichte zu machen.

Auch wirtschaftlich leiden die betroffenen Staaten sehr: die Lebensmittelpreise sind in der Region um 150 % gestiegen. Die Vereinten Nationen warnen vor einer Lebensmittelkrise für bis zu 1,3 Millionen Menschen. Seit Ende Juli sind in Liberia alle Schulen geschlossen. Dadurch, dass nahezu das komplette medizinische Personal in der Region mit der Bekämpfung

des Virus beschäftigt ist, wird die Behandlung anderer Krankheiten oder die Betreuung von Geburten nahezu unmöglich. Die Gesundheitssysteme der Region stehen kurz vor dem Kollaps.

Für uns Sozialdemokraten steht daher die schnelle, unbürokratische Hilfe für die Betroffenen im Vordergrund. In diesem Rahmen wird die Bundesregierung die betroffenen Länder unter Einbeziehung der internationalen Gemeinschaft bei der Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen finanziell zu unterstützen. Deutschland wird dabei mit gutem Beispiel vorangehen, damit auch andere Nationen ihre Bemühungen intensivieren.

Die Vereinten Nationen schätzen die Gesamtkosten für die Bekämpfung der Epidemie auf etwa eine Milliarde Euro. Daher werden die Mittel weiter aufgestockt, damit Ebola in den betroffenen Gebieten wirksam bekämpft werden kann. Dennoch lehnen wir eine Hilfe nach dem Gießkannenprinzip ab, da die innerstaatlichen Strukturen in den betroffenen Ländern einen zu großen Verlust der Gelder durch Korruption hervorrufen könnten. Stattdessen wollen wir eine direkte Förderung der an der Ebola-Bekämpfung beteiligten Nichtregierungsorganisationen.

Den Aufruf der Verteidigungsministerin an die Angehörigen der Bundeswehr sowie die große Resonanz aus den Streitkräften begrüßen wir. Dennoch wünschen wir uns eine solche Hilfsbereitschaft auch bei den Mitarbeitern und Ärzten aus dem zivilen medizinischen Bereich, gibt es doch beispielsweise in Sierra Leone auf 10 Millionen Bürger gerade einmal 170 Ärzte, von denen einige bereits ihren Kampf gegen das Virus mit dem Leben bezahlen mussten. Auch für die Unterstützung in diesem Bereich wollen wir die Organisationen, die Nothilfe leisten, weiter und besser unterstützen.

So bauen wir im Moment mit Hilfe der Bundeswehr eine Luftbrücke zur Versorgung der Region aus Deutschland und der Europäischen Union auf. Auch prüfen wir, ob in den Beständen des Bundes Material lagert, das wir schnell und unbürokratisch zum Schutz der Helfer zur Verfügung stellen können.

Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP)



Die EU verhandelt gegenwärtig mit den USA über ein Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP).

Weil das Abkommen und die zumeist vertraulichen Verhandlungen Unsicherheiten bei den Bürgerinnen und Bürgern schüren, ist es für die SPD-Fraktion von großer Bedeutung, sich für den Schutz von Arbeitnehmerrechten, Verbraucherschutz- und Umweltrechten einzusetzen. Auch das Urheberrecht soll geschützt werden. Gemeinsam mit dem BMWi hat der DGB ein Positionspapier veröffentlicht, in dem die Ziele von TTIP festgehalten sind und Grundlage für die Bundesregierung sind.

Die wesentlichen Bestandteile und Forderungen des Papiers sind:



- + Geheimhaltungsvorschriften dürfen eine öffentliche Debatte nicht verhindern.
- + Gegenseitige Anerkennung von Zulassungsverfahren dürfen kein Absinken des Schutzniveaus zur Folge haben.
- + Die ILO Kernarbeitsnormen und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen sind einzuhalten.
- + Die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards muss sichergestellt sein.
- + Rechte der Mitbestimmung, der Betriebsverfassung und der Tarifautonomie müssen gesichert werden.
- + Investor-Staat-Schiedsverfahren sind unnötig und abzulehnen.
- + Die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge in der EU muss gewahrt bleiben.
- + Audiovisuelle Dienstleistungen sind von TTIP auszunehmen.
- + Bei der öffentlichen Vergabe und Beschaffung dürfen soziale und ökologische Vergabekriterien nicht infrage gestellt werden.
- + Eine Korrektur von unerwünschten Fehlentwicklungen soll möglich sein.
- + Die Verhandlungen sollen transparent und unter Einbezug der nationalen Parlamente stattfinden.

Grundsätzlich gilt: Das Abkommen steht unter dem Zustimmungsvorbehalt des EU-Parlaments, des Rates und auch unter dem Zustimmungsvorbehalt der 28 nationalen Ratifizierungsprozesse.

Deshalb habe ich diese Woche auch mit meiner Fraktion gegen den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE ([Drucksache-Nr.: 18/2612](#)) gestimmt. In dem Antrag werden unter ausdrücklichem Verweis auf das gemeinsame Papier des BMWi und des DGB, sowie auf den Beschluss des SPD-Konvents, Mindestanforderungen für die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit den USA benannt. Diese „Mindestanforderungen“ in dem Antrag sind identisch bzw. wortgleich mit den Zielen und Anforderungen an die Verhandlungen aus dem [Beschluss des SPD-Konvents](#) vom 20. September 2014, den ich unterstütze.

Es ist höchst unüblich, dass Oppositionsfraktionen solche wortgleichen Anträge einbringen und auf diese Art versuchen, eine Regierungsfraktion vorzuführen. Eine eigene inhaltliche Position entwickelt die Fraktion DIE LINKE gerade nicht. Ein solch durchschaubares Vorgehen mache ich nicht mit.

Koalition einigt sich bei Mietpreisbremse und Bestellprinzip im Maklerrecht



Bildnachweis: Imago

Am vergangenen Dienstag haben die Regierungskoalitionen die Mietpreisbremse verabschiedet. Der Gesetzentwurf kann nun vom Kabinett beschlossen und im Bundestag beraten werden. Das Inkrafttreten ist für 2015 vorgesehen. Mit der Mietpreisbremse setzen wir einen für uns zentralen Punkt des Koalitionsvertrages um.

Dieses sozialdemokratische Kernprojekt des Koalitionsvertrages liegt auch mir besonders am Herzen, ist sie doch ein wirksamer Schritt gegen die oftmals überzogenen Mietsteigerungen. So war es bis jetzt keine Seltenheit, dass in manchen Städten Mietsteigerungen von bis zu 40% ohne jede Steigerung des Wohnwertes vorkamen. Diesen Praktiken wird mit der Mietpreisbremse endlich ein Ende gesetzt.

Uns Sozialdemokraten ist es auch zu verdanken, dass für jede Staffel eines Staffelmietvertrages von nun an ebenso die Mietpreisbremse gilt – anders als von der Union ursprünglich gefordert. Damit werden Staffelmieten als Umgehungsmöglichkeit der Mietpreisbremse ausgeschlossen. Auch eine Kopplung der Mietpreisbremse an die Existenz eines qualifizierten Mietspiegels hat die SPD ebenso erfolgreich verhindert. So wären viele Gemeinden, in denen es keinen qualifizierten Mietspiegel gibt, von vorneherein ausgeschlossen gewesen.

Die Mietpreisbremse begrenzt exzessive Mietsteigerungen bei neuen Mietverträgen. Vermieter dürfen ab nun in von den Ländern festgelegten Lagen mit angespanntem Wohnungsmarkt nicht mehr als 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete verlangen. Um dringend notwendigen Neubau nicht zu behindern, ist die Vermietung neu gebauter und umfassend modernisierter Wohnungen ausgenommen.

Mit der Mietpreisbremse setzen wir auch das „Bestellprinzip“ im Maklerrecht durch. In Zukunft sollen Vermieter die Kosten für Maklerdienstleistungen nicht mehr auf die Mieter abwälzen dürfen. Damit gilt nun auch im Mietrecht: „Wer eine Leistung bestellt, bezahlt sie auch.“



Anpassung des Sexualstrafrechts



Nach dem Willen der Bundesregierung sollen die europäischen Vorgaben zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Ausbeutung und Missbrauch in deutsches Recht umgesetzt werden. Die Bundesregierung will damit die Strafbarkeit von Kinderpornographie und den Zugang zu Kinderpornographie im Internet weiter verschärfen. Das deutsche Recht entspricht bereits in weiten Teilen diesen Vorgaben. Vereinzelt werden jedoch nochmals verschärft und erweitert.

Obwohl schon jetzt strafbar, soll verdeutlicht werden, dass die Herstellung von und der wesentliche Zugriff auf Kinderpornografie, Verbreitung, Weitergabe und Herstellung im Internet strafbar ist. Vorschriften bezüglich der Strafbarkeit von sexuellem Kontakt zwischen Erwachsenen und Jugendlichen werden verschärft. Die Verjährungsgrenze für sexuellen Missbrauch soll 30 Jahre bestehen. Auch neue Missbrauchsgefahren durch die Verbreitung von anzüglichen Fotos von Kindern via Internet und sogenanntes Cybermobbing werden von den Neuerungen erfasst.

Jetzt mitmachen beim Planspiel!



Bereits zum dritten Mal führt die SPD-Bundestagsfraktion vom 9. bis 11. November das Planspiel Zukunftsdialog durch. An drei Tagen lernen 100 Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren die Arbeit der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag hautnah kennen. Die Jugendlichen schlüpfen in die Rolle ihrer Wahlkreisabgeordneten und erarbeiten spielerisch eigene Anträge zu wichtigen politischen Themen. Interessierte Jugendliche, die zwischen 16 und 20 Jahre alt sind, können sich auf einen der fünf Plätze bewerben.

Für eine Bewerbung sind die Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten aufgerufen, ein Essay zum Thema „Wie können Politiker und Journalisten junge Menschen für Demokratie begeistern?“ zu schreiben. Das Essay darf maximal eine DIN-A4-Seite lang sein und kann unter Angabe von Alter, Name, Adresse und Informationen zur Schulform/Ausbildung bis zum 10. Oktober 2014 an johanna.agci@spdfraktion.de geschickt werden.

Elterngeld Plus kommt!



Die Wünsche junger Eltern in Deutschland haben sich verändert. Gut 60 Prozent der jungen Mütter und Väter stellen sich vor, dass beide Partner in gleichem Umfang erwerbstätig sind und sich gleichermaßen um Haushalt und Familie kümmern.

Seit Einführung des Elterngeldes sind immer mehr Mütter von ein- und zweijährigen Kindern in den Beruf zurückgekehrt, und jedes Jahr haben sich mehr Väter mithilfe des Elterngeldes Zeit für die Betreuung ihrer Neugeborenen genommen. Doch mehr als die Hälfte der Mütter würde gern zu einem früheren Zeitpunkt wieder ins Erwerbsleben zurückkehren: und mehr als die Hälfte der Väter haben nach eigener Auffassung noch zu wenig Zeit für ihre Kinder.

Den Bedürfnissen der Eltern soll nach Wunsch der Bundesregierung durch flexiblere Elterngeldregelungen besser entsprochen werden. Um

Mütter und Väter zielgenau darin zu unterstützen, soll ein Elterngeld Plus mit einem Partnerschaftsbonus eingeführt werden. Die neuen Gestaltungskomponenten des Elterngeldes sollen die Teilzeiterwerbstätigkeit für Mütter und Väter im Elterngeldbezug als Individuen und als Paar lohnender machen.

Mit dem Elterngeld Plus und dem Partnerschaftsbonus sowie mit einer Flexibilisierung der Elternzeit werden Eltern zielgenauer darin unterstützt, ihre Vorstellungen einer partnerschaftlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf umzusetzen. Die Neuregelungen der Elternzeit geben Eltern begleitend mehr Flexibilität im Arbeitsleben und unterstützen diejenigen Eltern, die eine frühe Rückkehr an den Arbeitsplatz wünschen.

Die Neuregelungen tragen damit dazu bei, die Chancengleichheit im Familien- und Erwerbsleben für Männer und Frauen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit durchzusetzen. Alleinerziehende, die die Aufgaben ohne partnerschaftliche Unterstützung zu bewältigen haben, werden in entsprechender Weise gefördert.

Entlastung von Ländern und Kommunen



Im Koalitionsvertrag haben wir festgeschrieben, dass das föderale System eine Stärke der Demokratie und ein wichtiger Grund für die Leistungsfähigkeit Deutschlands ist. Dazu gehört aber auch, dass jede Ebene – Bund, Länder und Kommunen – ihren Aufgaben mit einem hohen Maß an Eigenverantwortung nachkommen kann.

Die Entlastung der Kommunen zählt deshalb auch weiterhin zu den prioritären Maßnahmen der Großen Koalition. Im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes sollen die Kommunen im Umfang von 5 Milliarden Euro jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden. Bereits im Vorgriff darauf wird der Bund in den Jahren 2015 bis 2017 die Kommunen in Höhe von 1 Milliarde Euro pro Jahr entlasten. Die Länder und Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen

und Hochschulen. Damit sie diese Aufgaben besser bewältigen können, sollen die Länder in der laufenden Legislaturperiode in Höhe von 6 Milliarden Euro entlastet werden.

Die vorgesehene Entlastung der Kommunen um jährlich 1 Milliarde Euro in den Jahren 2015 bis 2017 erfolgt hälftig durch einen höheren Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung und hälftig durch einen höheren Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer zulasten des Bundesanteils an der Umsatzsteuer mittels einer Änderung des Finanzausgleichsgesetzes. So stockt der Bund das bestehende Sondervermögen „Kinderbetriebsausbau“ um 550 Millionen Euro auf. Im Mai 2014 wies das Sondervermögen nicht abgeflossene Mittel in Höhe von 450 Millionen Euro auf. Damit steht insgesamt ein Volumen von 1 Milliarde Euro zur Verfügung. Zudem wird zur weiteren Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten der Kinderbetreuung der Länderanteil an der Umsatzsteuer zulasten des Bundesanteils an der Umsatzsteuer in den Jahren 2017 und 2018 um jeweils 100 Millionen Euro erhöht.

Zu Gast beim Rotary-Club Bad Camberg-Idstein



Jüngst war ich zu Gast beim regelmäßigen Treffen des Rotary Club Bad Camberg-Idstein. Der Rotary Club interessierte sich besonders für die Rolle Deutschlands in der Welt und hatte mich um einen Vortrag mit dem Schwerpunktthema Außenpolitik gebeten.

„Der Einsatz für Frieden, Völkerverständigung und die Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen überall auf der Welt sind die Hauptziele unseres Verbandes“, hob Werner Genz, der Präsident der Rotarier, hervor. „Wir sind als Vereinigung daher sehr stark an internationalen politischen Prozessen und Entwicklungen interessiert und freuen uns sehr, in Martin Rabanus einen Gast zu haben, der uns

als Vertreter unserer Region in Berlin aus erster Hand Informationen zu solchen politischen Entwicklungen geben kann“, so Genz weiter.

Meinem Vortrag, der die Entwicklung der deutschen Außenpolitik von der Gründung der Bundesrepublik bis zu aktuellen Problemlagen in Afghanistan und dem Nahen Osten sowie Osteuropa nachzeichnete, folgte eine rege und kontroverse Diskussion.

Ich freue mich sehr darüber, dass die sogenannten ‚großen Themen‘ der Politik ganz offensichtlich nicht an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei gehen, sondern auch vor Ort engagiert und auch kontrovers diskutiert werden. Gerade eine solch differenzierte Form des Meinungsaustausches über Politik finde ich besonders fruchtbar für meine Arbeit und werde deshalb gerne auch wieder Gast des Rotary Club Bad Camberg-Idstein sein, um über aktuelle Entwicklungen aus der Bundespolitik zu informieren.

Besuch bei Waffel Löser in Taunusstein



Mit dem Landtagsabgeordneten Marius Weiß war ich zu Gast beim Traditionsunternehmen „Waffel Löser“ in Taunusstein. Derzeit sind am Standort Taunusstein-Orlen insgesamt 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Das Unternehmen blickt auf eine traditionsreiche Geschichte in Taunusstein zurück, die den SPD-Politikern gemeinsam mit der Geschäftsführung in einer umfangreichen Präsentation vorgestellt und in der anschließenden Unternehmensführung auch praktisch näher gebracht wurde.

Waffel Löser produziert hauptsächlich Waffeln für die Süßigkeiten-Industrie für namhafte Produkte, unter anderem in Deutschland. Das Unternehmen Waffel Löser ist ein Beispiel dafür, wie Entwicklung und Produktion aus einer Hand betrieben werden kann. Diese Art der Wertschöpfung findet man heutzutage nur selten noch in Unternehmen.

Weltkindertag: „Jedes Kind hat Rechte!“



Am 20. September fand der Weltkindertag unter dem Motto „Jedes Kind hat Rechte“ statt. Das Motto des Weltkindertages „Jedes Kind hat Rechte“ passt deshalb zum diesjährigen 25. Geburtstag der UN-Kinderrechtskonvention. Kinder haben das Recht auf Förderung, Bildung, Partizipation, kindgerechte Lebensverhältnisse sowie gewaltfreies Aufwachsen.

Die SPD will deshalb die Wahrnehmung der Rechte von Kindern weiterentwickeln. So ist im Koalitionsvertrag vereinbart, jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin zu überprüfen, ob es mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang steht. Kinder sollen eine stärkere Stellung in unserer Gesellschaft erhalten. Wir können an vielen Stellen dafür sorgen, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen stärker als bisher berücksichtigt werden.



Termine

- 30. September, 15.00 Uhr: *Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises, Kurhaus Bad Schwalbach*
- 01. Oktober, 14.00 Uhr: Gespräch mit Naspa-Vorstand Hr. Theilacker, Wiesbaden
- 01. Oktober, 16.00 Uhr: Besuch Senckenberg-Museum, Frankfurt am Main
- 01. Oktober, 18.30 Uhr: Arbeitsgemeinschaft Bildung der SPD Hessen-Süd, Frankfurt am Main
- 02. Oktober, 18.00 Uhr: *Dankesfest für Tornadohelfer, Bad Schwalbach*

+++ Die Termine in kursiv sind öffentlich +++